

## US-Verteidigungsminister zieht umstrittenen Justizdeal zurück

US-Verteidigungsminister widerruft umstrittene Einigung mit 9/11-Chefplaner, die Todesstrafe könnte nun wieder drohen.

**NACHRICHTEN AG**  
ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

In den letzten Tagen hat ein umstrittener Justizdeal im Fall der Terroranschläge vom 11. September 2001 für umfassende Aufregung gesorgt. Der Deal, der eine mögliche Einigung zwischen den USA und dem mutmaßlichen Chefplaner der Anschläge, Chalid Scheich Mohammed, beinhaltete, wurde nun vom US-Verteidigungsminister Lloyd Austin widerrufen. Dies könnte erhebliche Konsequenzen für die betroffenen Angeklagten haben und sorgt für große Diskussionen in den USA.

### Wiederkehr der Todesstrafe im Raum

Durch die Entscheidung vom Verteidigungsminister könnte der Angeklagten, darunter auch Chalid Scheich Mohammed, wieder

die Todesstrafe drohen. Austin erklärte in seiner Anordnung, dass die Verantwortung für solch eine bedeutende Entscheidung bei ihm liegen sollte. Die genaue rechtliche Situation und die Details des ursprünglich geplanten Justizdeals waren zunächst nicht eindeutig bekannt gegeben worden, was weiteres Misstrauen genährt hat.

## **Kritik und Empörung in der Öffentlichkeit**

Die angestrebte Einigung war auf scharfe Kritik gestoßen. Sowohl Politiker der Republikanischen Partei als auch Angehörige von Terroropfer äußerten ihre Empörung. James Comer, Vorsitzender eines Aufsichtsausschusses im US-Repräsentantenhaus, schrieb in einem Brief an Präsident Joe Biden, dass die Einigung ein fatales Signal an die Feinde der USA sende. Die Mitglieder der Feuerwehr sowie Angehörige von Opfern der Anschläge fühlten sich "betrogen und angewidert", da sie eine härtere Vorgehensweise gegen die Mittäter fordern.

## **Hintergrund der Akteure**

Chalid Scheich Mohammed war 2003 in Pakistan festgenommen worden und saß seither im berüchtigten US-Gefangenenlager Guantánamo. Berichten zufolge war er während seiner Gefangenschaft Folter ausgesetzt. Die Justiz hatte zunächst versucht, mit einem Deal mögliche Konsequenzen abzumildern, um vielleicht Geständnisse zu ermöglichen, was jedoch rechtlich bedenklich ist, da die Glaubwürdigkeit dieser Geständnisse aufgrund von Folter fraglich wäre.

## **Transparenz und öffentliche Wahrnehmung**

Der Vorgang hat Fragen zur Transparenz des gesamten Verhältnisses zwischen Regierung und Justiz aufgeworfen. Kritiker bemängeln, dass eine solche Einigung niemals in derart extremer Form in Betracht gezogen werden sollte, da sie den Opfern und deren Familien nicht gerecht werde. Sie fordern von

der Regierung eine klare Erklärung, wie es zu dem Deal kam und ob die damaligen Gespräche von der Regierung beeinflusst wurden.

## **Schlussfolgerung**

Die Rücknahme des Deals könnte bedeuten, dass in den kommenden Monaten ein größerer Fokus auf die rechtlichen Verfahren im Fall von Chalid Scheich Mohammed und seinen Mitangeklagten gelegt wird. Die Dringlichkeit, eine gerechte und transparente Lösung für die Schrecken der Ereignisse vom 11. September zu finden, bleibt jedoch bestehen. Darin zeigt sich nicht nur der Zustand des amerikanischen Rechtssystems, sondern auch die Verantwortung gegenüber den Opfern und deren Familien, die Gerechtigkeit fordern.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**